

1. „Es ist falsch, die Wahlerfolge der AfD allein durch Rassismus und Rechtspopulismus zu erklären. Ihr Aufstieg ist nicht denkbar ohne die soziale Polarisierung, die sich aufgrund der neoliberalen Politik in Deutschland, aber auch weltweit dramatisch verschärft hat. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen und guten Jobs, die Reduktion der Demokratie auf die Verwaltung von Sachzwängen, ist der Nährboden, auf dem der rechte Kulturkampf gedeihen kann. Weil die Rechte die Flüchtlingskrise nutzt, um sie zu einem Konflikt zwischen drinnen und draußen zu machen, ist es Aufgabe der Linken zu zeigen, dass es ein Konflikt zwischen oben und unten ist.“ (Rede auf dem marx21-Kongress „Wohin steuert Deutschland?“, 6.5.16)
2. „Wir haben heute einen großen Niedriglohnsektor mit Leiharbeit, Dauerbefristungen, Minijobs. Viele Flüchtlinge werden gerade in diesem Sektor Arbeit suchen und verstärken damit den Druck auf die Löhne. Ähnlich ist es bei den Wohnungen. Da suchen die Flüchtlinge vor allem in jenen Stadtvierteln, in denen die ohnehin schon Ärmeren leben. Wenn dann Mieten steigen, schürt das die Stimmung gegen Flüchtlinge. In Wahrheit ist das die Folge einer Politik, die den Arbeitsmarkt dereguliert und den sozialen Wohnungsbau weitgehend eingestellt hat.“ (Interview der FAS mit Wagenknecht und Petry, 2.10.)
3. „Der Aufstieg der AfD speist sich aus mehreren Quellen. Da ist, gerade in Ostdeutschland, das Sediment jener, die schon immer ihre rassistischen Vorurteile pflegten. Und da ist der Frust über die etablierte Politik, die zum Beispiel zulässt, dass ein großer Teil der Menschen, die jetzt hart arbeiten, aber zu wenig verdienen und deshalb irgendwann in Altersarmut landen werden – und die jetzt angesichts der Flüchtlinge annehmen, dass noch weniger für sie übrig bleibt. Dabei ist angesichts der demografischen Entwicklung diese Zuwanderung eine große Chance dafür, dass die Rente wieder sicherer wird. Genau das müssen wir den Menschen vermitteln, immer und immer wieder.“ (Bodo Ramelow, Thüringer Allgemeine, 8.4.)
4. „Aber wenn Sie, Frau Petry, sich in Ihrem Programm auf die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft berufen, dann sollten Sie wissen: Diese Ökonomen wollten einen starken Staat, der unserer Wirtschaft Regeln setzt und soziale Sicherheit garantiert. Sie dagegen wollen einen schwachen Staat und mehr Privatisierung, im Ergebnis wachsende Marktmacht, Ausbeutung und Ungleichheit. Setzt man Ihr Programm um, Frau Petry, dann würde die gesellschaftliche Mitte weiter geschwächt und würden die Ärmeren noch ärmer.“ (Streitgespräch Wagenknecht Petry, FAS)
5. „Die Rechten sind auf dem Vormarsch. Ihr Erfolg ist auch eine Antwort der Gesellschaft auf eine Krankheit des Kapitalismus, die von den etablierten Parteien ignoriert wird. Und die hat mit den Flüchtlingen nichts zu tun. Die AfD überrollt Deutschland. Wir erleben eine Revolution. Und wie jede Revolution hat auch diese ihre Berechtigung: Der Kapitalismus ist krank. Irgendjemand muss ihn heilen. Medien und Politik tun sich schwer, das zu erkennen. Sie müssten ihr eigenes Verschulden zugeben: Jahrzehntlang klatschten sie Beifall, während der Neoliberalismus unsere Gesellschaften vergiftet hat. Leute wie Donald Trump und Frauke Petry sind widerlich. Aber sollten wir ihnen nicht sogar dankbar sein, wenn sie uns zeigen, wo unser System Symptome einer ernsten Erkrankung aufweist? (...) ‚Die Verteilungsgerechtigkeit, der oberste Grundsatz jeder seriösen Steuerpolitik, wird bei der Distribution des erwirtschafteten Sozialprodukts krass missachtet‘, schrieb der Historiker Hans-Ulrich Wehler vor zwei Jahren und fragte: ‚Wie viel Krisendruck muss es geben, damit dieses Land wirklich reformfähig wird?‘ Den Linken ist es nicht gelungen, diesen Krisendruck zu erzeugen. Vielleicht gelingt es nun den Rechten. Der Hass auf Ausländer gibt der Bewegung ihre Kraft. Aber zum Ressentiment gesellt sich die Systemkritik. AfD-Mann Björn Höcke ist ein völkischer Hetzer. Aber er hat Recht, wenn er es ‚eine Schande‘ nennt, dass mehr als zwei Millionen Kinder in Deutschland von Armut bedroht sind.“ (Die Einschläge kommen näher; Warum die Rechte profitiert; Gastbeitrag von Sahra Wagenknecht)
6. „Wer sein Gastrecht missbraucht, hat es verwirkt.“ Dieser Satz stammt von Ihnen, Frau Wagenknecht, und ist eine glasklare AfD-Position. Wagenknecht: Diesen Satz habe ich nicht mehr benutzt, weil er missverstanden wurde. Wichtig ist etwas anderes: Wenn so viele Menschen nach Deutschland kommen wie infolge von Merkels Politik im vorigen Herbst, dann muss man auch dafür sorgen, dass Integration gelingt und die notwendigen Wohnungen oder Arbeitsplätze vorhanden sind. Entscheidend ist daher, Menschen in Not dort zu helfen, wo sich die meisten Notleidenden ohnehin befinden: in den Herkunftsländern und in den angrenzenden Regionen.“ (Streitgespräch Wagenknecht Petry, FAS)

7. "Grenzen offen für alle“, heißt es in Ihrem Programm. Wagenknecht: Das ist eine gute Forderung für eine Welt der Zukunft, in der die Menschen überall in Wohlstand leben. Niemand will heute die Grenze zu Frankreich oder Österreich schließen. Aber offene Grenzen haben Voraussetzungen.“
8. „Es ist doch ein Witz, dass unser Parteiensystem nach links gerückt ist. Das Problem ist im Gegenteil, dass SPD und Grüne inzwischen ebenso für Sozialabbau stehen wie CDU und FDP. Niemand sollte ein Problem damit haben, dass Menschen sich freuen, wenn Deutschland im Fußball gewinnt. Aber es gibt viele Äußerungen aus Ihrer Partei mit einer klaren nationalistischen Note, die mehr als unangenehm ist. Ihr Abgeordneter im Europaparlament ist in der gleichen Fraktion wie der Front National, Ihr niedersächsischer Kollege warnt davor, dass die Deutschen in einem "europäischen Brei“ aufgehen.“ (Streitgespräch Wagenknecht Petry, FAS)
9. „Die AfD wird ja nicht wegen ihres Programms gewählt, sondern aus Enttäuschung über die anderen Parteien, aus Wut darüber, dass in diesem Land seit Jahren gegen die Interessen der Mehrheit regiert wird. Und wir Linken haben den Fehler gemacht, den falschen Eindruck zuzulassen, wir stünden hinter Frau Merkels Chaospolitik.“
10. „Für alle anfangs genannten Abstimmungs- und Wahlergebnisse gibt es letztlich die gleiche Erklärung. Sie liegt nicht in der Verführungsmacht geschickter Demagogen und schon gar nicht in der plötzlichen Aufwallung "postfaktischer" Emotionen. Sie ist schlicht und rational: In Europa wie in den USA wird seit Jahren eine Politik gemacht, die sich in erster Linie an den Interessen mächtiger Wirtschaftslobbys - der Finanzwirtschaft, transnationaler Konzerne und der vermögenden Oberschicht - orientiert. Diese Politik wird üblicherweise neoliberal genannt, obwohl sie eigentlich weder neu noch im echten Sinne liberal ist. Im Kern besteht sie einfach darin, den im 20. Jahrhundert erstrittenen Sozialkompromiss wieder aufzukündigen. Diese Politik ist dabei, im Namen globaler Kapitalfreiheiten die alten Sozialstaaten und verankerte Arbeitnehmerrechte zu zerstören. Das führt zu deutlich wachsender Ungleichheit und konfrontiert große Teile der Mittelschicht, insbesondere die Arbeiterschaft, mit sozialem Abstieg oder mindestens der Angst davor. Es ist allerdings schwer, in einer Demokratie dauerhaft Politik gegen die sozialen Interessen der Mehrheit zu machen. Irgendwann nutzt die Mehrheit ihr Stimmrecht und rebelliert gegen ein "Weiter-so". Und wenn keine glaubwürdige soziale Alternative verfügbar ist, weil ehemalige Arbeiterparteien selbst Teil des neoliberalen Blocks geworden sind, wählt man eben rechts.“ (Die Einschläge kommen näher; Warum die Rechte profitiert; Gastbeitrag von Sahra Wagenknecht)
11. „Was unter Ceta und TTIP verhandelt wird, sind keine Freihandelsabkommen, sondern Knebel- und Konzernschutzverträge. Um Zölle geht es doch gar nicht. Natürlich bin ich dafür, dass man zwischen entwickelten Volkswirtschaften möglichst frei Handel treiben kann. Aber was ich auf gar keinen Fall will: dass Europa seine Umwelt- und Verbraucherschutzstandards dem amerikanischen Niveau anpasst und sein Vorsorgeprinzip aufgibt. Und dass Konzerne über eine Paralleljustiz Staaten verklagen können.“